

Verlauf der GR-Sitzung vom 30. Oktober 2006

Beginn der Sitzung: 19.32 Uhr

Keine Zuhörer anwesend

Entschuldigt:

GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer (kommt um 19.39 Uhr)

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und die Bediensteten Amtsleiter Hrn. Mag. Marat und Protokollführer Hrn. Schreiner, stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und leitet die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein
(sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – ÖkR KONRAD sagt, er habe mit einem ihm bekannten Landwirt gesprochen, der in Lieboch ein Grundstück (Vaterl-Grund) gepachtet habe. Dieser habe sich gewaltig aufgeregt, dass die Gemeinde Lieboch auf diesem Grund einen Kanal gegraben und den angebauten Mais vernichtet hat, ohne ihn vorher zu fragen.

ÖkR KONRAD fragt den Bgm., warum man so etwas mache, das sei nicht korrekt.

- Der Bgm. weist darauf hin, dass eine Begehung stattgefunden habe und der Bereich ausgepflockt wurde. Der Landwirt habe gesagt, er werde bei Gelegenheit viell. noch 1 oder 2 Zeilen wegfräsen. Daraufhin habe die Baufirma ganz normal gearbeitet, wobei besagter Landwirt im Nachhinein behauptet habe, es wäre mehr beanspruchte Fläche gewesen als ausgemacht. Auch von der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft sei jemand dort gewesen und habe alles im guten Einvernehmen korrekt geschätzt. Bmst. Ing. Joham habe die Abwicklung über gehabt, so der Bgm.

ÖkR KONRAD meint, der Landwirt sei erst später kontaktiert worden, dann habe er mit dem Rechtsanwalt gedroht und daraufhin eine Anzahlung in der Höhe von € 350,00 bekommen. Der ihm bekannte Landwirt habe ihn sicher nicht angelogen. Er wolle das nur gesagt haben, dass in Zukunft die Begehungen wirklich vorher stattfinden. Noch ein Prozess sei wirklich nicht notwendig, so ÖkR KONRAD.

- Bgm. Pignitter meint, einen Prozess habe er nicht machen können, da er nicht der Grundbesitzer sei und es wäre auch nicht die Absicht gewesen. Er könne nur sagen, dass er mit dem Schätzmeister der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft zusammen war; dieser habe gesagt, dass er sich die Fläche ansehen werde und es sei einvernehmlich gelöst worden.

1. Frage – GR Ing. Schelch bringt zur Kenntnis, dass er von mehreren Seiten auf den entsetzlichen Gestank, verursacht durch die Fa. Energie Lieboch GmbH im Industriegebiet, aufmerksam gemacht wurde. Inzwischen habe er sich selbst davon überzeugt. GR Ing. Schelch fragt, ob man hier nichts dagegen machen könne. Wenn eine Biogasanlage richtig betrieben werde, sollte sie nicht derart stinken.

- Dies sei auch seine Meinung gewesen, da ihm ursprünglich gesagt wurde, es werde überhaupt nicht stinken, so der Bgm. Hierfür ist gewerberechtlich die BH Graz-Umgebung zuständig, so der Bgm. Von Seiten der BH habe es geheißen, dass es sich um einen Probelauf gehandelt habe. Man habe den Gestank auch in den Gemeindebüros bemerkt, so der Bgm.

ÖkR KONRAD bestätigt den entsetzlichen Gestank.

Der Bgm. führt weiter aus, dass die BH von der Gemeinde bereits mehrmals informiert wurde. Bezüglich dieses Betriebs habe es auch bereits Eingaben von Rechtsanwälten durch im Industriegebiet ansässige Firmen gegeben. Diese seien auch berechtigt, da man die Geruchsbelästigung wirklich unmöglich aushalte, so der Bgm.

Die Verbandskläranlage konnte als Verursacher glücklicherweise ausgeschlossen werden.

Sollte sich die Situation auch in Hinkunft nicht bessern, werde man der BH nahe legen müssen, den Betrieb zu sperren; anders werde es nicht gehen. Seitens der Gemeinde habe man mehrmals urgiert und die BH in Kenntnis gesetzt. Die Gewerberechtsbehörde habe Fachleute, die auch vor Ort gewesen seien. Über die gesetzten Maßnahmen sei die Gemeinde bis dato nicht informiert worden. Viell. wäre es auch dienlich bei der BH anzurufen und den Unmut kundzutun, so der Bgm.

AL Mag. Marat ergänzt, dass besagte Firma bereits mehrmals von der BH aufgefordert wurde, für den konsensgemäßen Betrieb zu sorgen, anderenfalls mit der Einstellung des Betriebs gedroht wurde. Es seien auch mehrmals Fachleute heraußen gewesen um sich die Situation anzusehen.

Anm.: GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer kommt um 19.39 Uhr zur Sitzung.

1. Frage – GR Paar bezieht sich auf den Beachvolleyballplatz und stellt fest, dass dieser hauptsächlich von auswärtigen Personen benutzt wird und sehr viel Mist herumliegt.

Sie habe dies auch selbst beobachtet und fragt, ob kein Papierkorb vorhanden sei.

- 1.Vzbgm. FRITZ sagt, es seien sogar zwei Körbe vorhanden.

GR Paar fragt, wer den herumliegenden Mist zusammenräumt.

- Der Bgm. antwortet, dass dies von den Wirtschaftshofarbeitern erledigt werde.

GR Paar meint, hier werde unser Kommunalgeld eigentlich für Fremde verwendet. Hier gehöre irgendetwas anders gemacht. Andere Leute und auch sie konnten keinen einzigen Jugendlichen aus Lieboch am Beachvolleyballplatz ausmachen, obwohl sie recht viele kenne. Es seien immer nur Auswärtige vor Ort. Sie sähe nicht ein, warum die den Platz so verdrecken und versauen lassen. Hier müsse die Gemeinde agieren, etwa die Benützung durch Fremde untersagen o.ä., so GR Paar.

Der Bgm. weist auf die schwierige Durchsetzung hin.

GR Scherz meint, das werde nicht möglich sein.

Bei den Spielen komme es immer wieder vor, dass Auswärtige dabei seien und der Mist werde seit Anbeginn durch den Wirtschaftshof weggeräumt.

Für ihn seien die größeren Probleme allerdings die immer wieder vorkommenden Beschädigungen, wie eingeschlagene Scheiben, so der Bgm.

Der Bgm. berichtet im Anschluss über diese Vorkommnisse.

GR Paar schlägt vor, den Beachvolleyballplatz zu umzäunen und nur zu gewissen Zeiten offen zuhalten.

GR Grinschl meint, einen geschlossenen Zaun könne er sich nicht vorstellen, eine Möglichkeit wäre die Überwachung per Video.

Dies sei aus rechtlichen Gründen problematisch, so der Bgm.

Da die Saison bald zu Ende ist, schlägt der Bgm. vor, sich zu Saisonbeginn Gedanken zu machen, ob man etwa kurzfristig zu den Spielzeiten jemanden hinstellt, der auch hinterfragt, woher die Spieler kommen. Dies könne man sich aber bis zum kommenden Frühjahr überlegen, so der Bgm.

2. Frage – GR Paar richtet an GR Scherz die Frage, warum die aus dem Gemeinderat ausgeschiedene Frau Klingenberg noch immer auf der Homepage www.lieboch.com als Gemeinderätin der ÖVP

geführt werde, anstatt die dadurch freigewordenen Positionen als „derzeit nicht besetzt“ anzuführen. Herr GR Scherz werde dafür bezahlt und sie sähe es nicht ein, dass man hier immer hinten nachhinke.

- GR Scherz meint, hier habe GR Paar sicher recht, es tue ihm leid. Er versuche die Homepage immer auf 100 %-ige Genauigkeit hinzutrimmen. Wenn er einen Anstoß bekommen hätte, hätte er das sicherlich gemacht; es habe ihm niemand gesagt.

GR Paar entgegnet, dass GR Scherz im Gemeinderat sei.

GR Scherz sagt, dies sei schon richtig, weil er zufällig auch Gemeinderat sei, aber in dem Fall sei er eine Firma. GR Paar habe aber Recht.

GR Zarfl merkt an, die Firma Scherz wisse nicht, was der Gemeinderat Scherz mache.

GR Scherz fügt hinzu, es habe ihm niemand gesagt und er habe auch nicht daran gedacht. Es sei schwierig auf jede Unterseite der Homepage zu denken.

GR Paar fragt weiters, wer den Artikel auf der Homepage über die Liebocher Partnergemeinde Ilok geschrieben habe. Es seien nämlich nur 250 ha Weingärten angeführt, obwohl Ilok über 2500 ha verfüge.

GR Scherz informiert, dass es sich hierbei nur um eine Verlinkung auf diese Seite handelt. Um diese Seite zu finden habe er sehr lange gesucht.

GR Paar meint, diese Verlinkung sei ganz schlecht.

GR Zarfl sagt, die Informationen von „unten“ (gemeint Ilok) seien auch ganz schlecht.

1. Frage – GR Mag. Marx bezieht sich auf die diesjährige Junkerpräsentation und fragt, ob daran gedacht wurde die Partnergemeinde Ilok dazu einzuladen, sich mit einem eigenen Stand zu präsentieren.

- Bgm. Pignitter berichtet, dass er den Iloker Bürgermeister beim letzten Besuch diesbezüglich gefragt habe. Dieser habe mitgeteilt, dass in Ilok kein Junker produziert werde.

GR Mag. Marx meint, man könne bei der Partnergemeinde ja eine Ausnahme machen.

Der Bgm. teilt mit, dass von Iloker Seite kein Interesse an einem Stand bestehe.

Es sei aber andiskutiert worden, dass grundsätzlich einmal versucht werden soll, Aktivitäten hinsichtlich einer folkloristischen Veranstaltung bzw. eines Festes mit Iloker Beteiligung und Präsentation dortiger Produkte, abzuhalten.

GR Mag. Marx sagt, wenn es von Ilok nicht gewollt werde, könne man nichts machen.

2. Frage – GR Mag. Marx meint, er habe in der Vorwahlzeit auch die Aussendungen der anderen Parteien gelesen und habe sehr interessant gefunden, dass im GU-Magazin eine Werbung über die Junkerpräsentation in Lieboch gewesen ist. Er wolle fragen, ob es sich hierbei um eine von der Gemeinde Lieboch bezahlte Werbung handelt.

- Bgm. Pignitter antwortet, dass es sich um eine Gratiswerbung handelt.

GR Mag. Marx fragt noch, ob der Bgm. ausschließen könne, dass es sich um eine bezahlte Werbung handelt.

Der Bgm. bestätigt dies und sagt, GR Mag. Marx werde auch keine Rechnung dafür finden. Ansonsten hätte er es selbst bezahlt, so der Bgm.

Ende der Fragestunde: 19.48 Uhr

- **Bericht des Bürgermeisters**

- Der Bgm. berichtet über folgende Angelegenheiten, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen:

- Zur Anfrage von GR Zarfl in der GR-Sitzung vom 05.07.2006 betreffend Abtretungserklärungen „Augasse“ teilt der Bgm. mit, dass alle Abtretungserklärungen vorliegen und auf Wunsch gerne bei den heutigen Unterlagen zur GR-Sitzung eingesehen werden können.

- Zur Anfrage von GR Zarfl in der GR-Sitzung vom 05.07.2006 betreffend Recht zur Führung des Gemeindewappens auf der Homepage www.lieboch.com, verweist der Bgm. auf einen GR-Beschluss vom 28.11.2002.

- Zur Anfrage von GR Zarfl in der GR-Sitzung vom 05.07.2006 betreffend Mäharbeiten durch den Wirtschaftshof am Sportplatzgelände, teilt der Bgm. mit, dass im Sommer zweimal von den Wirtschaftshofarbeitern gemäht wurde, da Herr Meixner auf Urlaub war.

GR Zarfl meldet sich zu Wort und fragt, warum Herr Meixner gerade in der Hauptarbeitszeit bzw. Hauptmähzeit auf Urlaub geschickt werde, wo er seinen Dienst ohnehin schon mit Urlaub begonnen habe und auch zu erwarten sei, dass er im Winter weniger Arbeit haben werde.

Es gäbe in jeder Firma gewisse Blockzeiten, wo es eben heiße, das sei die Hauptarbeitszeit und da gibt es keinen Urlaub. GR Zarfl fragt, wieso Herrn Meixner in der Zeit ein Urlaub genehmigt werde.

Rechtlich wisse man auch, dass die Firma Rechte hat und sagen könne „in dieser Zeit nicht“.

Ansonsten brauche man keinen mehr aufnehmen und könne die Arbeiten fremd vergeben, so GR Zarfl.

Darauf wolle er nicht näher eingehen, so der Bgm.

GR Zarfl fügt hinzu, Herr Meixner werde hinkünftig immer nur dann auf Urlaub gehen, wenn Arbeit anfalle – wenn nicht, sei er da.

Diese Wortmeldung von GR Zarfl lasse er im Raum stehen, aber es gäbe sehr wohl eine Arbeitseinteilung, so der Bgm. Herr Meixner habe einen Trainerkurs belegt, der auch nicht schlecht und wichtig gewesen sei.

GR Zarfl fragt, ob Herr Meixner als Trainer von der Gemeinde engagiert und es eine Fortbildung im Sinne der Gemeindetätigkeit sei.

Der Bgm. meint, Herr Meixner dürfe sehr wohl selbst auch etwas machen.

GR Zarfl entgegnet, nicht in der Zeit, wo er für uns arbeite und bezahlt werde.

Der Bgm. sagt, Herr Meixner habe das Recht auf Urlaub.

GR Zarfl erwidert, nicht in der Zeit, wo man ihn brauche, da er schon mit Urlaub begonnen habe. Er sei aufgenommen worden und habe am ersten Tag schon mit Urlaub begonnen. Er stelle dies fest und ersuche um wortwörtliche Protokollierung, so GR Zarfl.

GR Zarfl möchte festgehalten wissen, dass er es sehr bedenklich finde, dass ein Bediensteter der Gemeinde genau zu der Zeit auf Urlaub geschickt wird, wo die Arbeiten, für die er aufgenommen wurde anfallen, um einen Trainerlehrgang zu machen. Dies sei nicht seine Aufgabe, da er für diese nicht aufgenommen worden sei.

Einige Anfragen werde er im nichtöffentlichen Teil beantworten, ansonsten sei alles beantwortet worden, so der Bgm.

GR Mag. Marx bezieht sich auf seine Anfrage vom 05.07.2006 zur öffentlichen Straßenbeleuchtung. Es sei nicht beantwortet worden, welche Lampen in Lieboch verwendet werden (LED oder ältere).

Der Bgm. sagt zu, GR Mag. Marx einen schriftlichen Auszug über die in Lieboch verwendeten Straßenlampen zukommen zu lassen. Herr Kraus von der Fa. Elektro Kraus soll dies zusammenstellen.

Pkt. 1.: Angelobung eines neuen Gemeinderates (Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer)

Der Bgm. verliest das Gelöbnis und ersucht

- Herrn Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer, der an die Stelle der aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Brigitte Klingenberg tritt,

das Gelöbnis abzulegen.

Der neue Gemeinderat gelobt mit den Worten „ich gelobe“ in die Hand des Bgm. und wird vom Gemeinderat begrüßt.

Im Anschluss stellt der Bgm. folgende Anträge um Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung:

ABSETZUNG:
nicht öffentlich

7. Marktgemeinde Lieboch; Kassenkredit 2007

** Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte entsprechend nach vorne*

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

ERWEITERUNGEN:
nicht öffentlich

9. Übernahme von Kanalanlagen im Industriegebiet;
Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung
a.) Fa. ARS-Immobilien GmbH
b.) Fa. Hofer KG
18. Bericht des Bgm. über die beiden Vorstellungsbescheide (GZ: FA13B-12.10-L-9/2006-414 und FA13B-12.10-L-9/2006-415) des Amtes der Stmk. Landesregierung, FA 13 B, betr. Sportplatz
19. Beschwerde an den VwGH gegen den Bescheid der Verwaltungsbehörde vom 17.10.2006 (GZ: FA13B-12.10-L-9/2006-414)
22. Verjüngung der LB 70 auf der Höhe Friedhof in Fahrtrichtung Ortsmitte
(Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“; eingelangt am 27.10.2006)

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

GR Mag. Marx sagt, es gäbe bei der Erstellung der Tagesordnung ein kleines rechtliches Problem, weil in der letzten GR-Sitzung die Tagesordnungspunkte der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ angenommen und aus zeitlichen Gründen auf die nächste Tagesordnung vertagt wurden, aber nicht Teil der heutigen Tagesordnung seien.

Der Bgm. sagt, es habe seines Wissens gestern eine Fraktionsführersitzung gegeben. Er habe die Punkte nicht aufnehmen können, wenn er nicht wisse, was in dieser Sitzung besprochen wurde.

GR Mag. Marx meint, wenn der Gemeinderat die Aufnahme der Punkte beschlossen hat, habe er als einzelner Gemeinderat nicht mehr die Befugnis diese abzusetzen. Soweit er die Gemeindeordnung verstehe, habe der Beschluss zur Aufnahme dieser Punkte Gültigkeit.

Der Bgm. verweist darauf, dass die Festlegung der Tagesordnung dem Bürgermeister nach Anhörung des Gemeindevorstandes obliegt.

Es sei sicher kein Mutwillen gewesen, dass die Punkte der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ nicht aufgenommen wurden, sondern einfach die Feststellung, dass es die vereinbarte Fraktionsführersitzung nicht gegeben habe und er der Meinung sei, dass man die gewünschten Punkte auf Wunsch jederzeit aufnehmen könne.

GR Mag. Marx sagt, dann würde seine Fraktion gerne – da das Badetaxi aufgrund der Jahreszeit im Moment nicht so wichtig sei – den **Antrag** stellen, den Punkt

23. „Unterstützung des Nachttaxis mit € 500,00“

auf die Tagesordnung nehmen.

Der Bgm. verweist darauf, dass über das Nachttaxi bereits einmal beraten und abgelehnt wurde.

GR Mag. Marx meint, dies habe die Gesamtübernahme der Kosten betroffen, der heutige Antrag betreffe nur eine Unterstützung. Auf die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte werde seitens seiner Fraktion aufgrund der umfangreichen Tagesordnung verzichtet.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 2.: Nominierung in diverse Ausschüsse und Verbände

2. Vzbgm. Lang (ÖVP) gibt – bedingt durch das Ausscheiden von Herrn Brigitte Klingenberg (ÖVP) – folgende Änderungen der Ausschussmitglieder bekannt und ersucht diesen zuzustimmen:

Kultur-Informationsausschuss:

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer (Ersatzmitglied)	Brigitte Klingenberg

Kinder-Jugend-Sport-Schulausschuss

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer (Mitglied)	Brigitte Klingenberg

Sozial-Gesundheitsausschuss

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer (Mitglied)	Brigitte Klingenberg

Schriftführer:

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Magdalena Paar (Ersatzmitglied)	Brigitte Klingenberg

Abwasserverband Liebochtal:

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer (Ersatzmitglied)	Brigitte Klingenberg

Wasserverband Söding-Lieboch:

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer (Ersatzmitglied)	Brigitte Klingenberg

Alle Anträge werden **einstimmig beschlossen**.

Im Anschluss gibt 1.Vzbgm. FRITZ bekannt, dass seitens seiner Fraktion (SPÖ) folgende Änderung gewünscht wird und ersucht dieser zuzustimmen:

Prüfungsausschuss:

<i>Neubesetzung</i>	<i>Ausgeschieden</i>
GR Monika Posch-Zlöbl	GR Claudia Warzinger

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 3.: Genehmigung und Unterfertigung der Sitzungsprotokolle vom 22.05.2006 und 05.07.2006

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 22.05.2006 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

GR Mag. Marx sagt, es seien nach Meinung seiner Fraktion unzulässigerweise Diskussionen zu entscheidenden Punkten zusammengefasst worden ohne annähernd den Inhalt wiederzugeben.

Der Bgm. meint, es sei klar, dass grundsätzlich eine kürzere Abfassung der Protokolle begrüßt werde, um nicht „Romane“ zu schreiben.

GR Mag. Marx ist der Ansicht, dass – wenn wichtige entscheidende Punkte bei Diskussionen weggelassen werden – die GR-Sitzung nicht wirklich wiedergegeben werde.

Von dem her brauche man ansonsten nur noch die Anträge und Abstimmungsergebnisse ins Protokoll aufnehmen, dann habe man es noch kürzer, so GR Mag. Marx.

Der Bgm. stellt fest, dass die Anmerkung, das Protokoll sei zu kurz verfasst, nur von GR Mag. Marx und von sonst niemanden gekommen sei.

Bgm. Pignitter fragt, warum GR Mag. Marx den für ihn wichtigen Teil nicht in Worte gefasst und angemerkt habe, dies gerne protokolliert zu haben.

GR Mag. Marx meint, er habe nicht gewusst, dass er das Protokoll zu schreiben habe.

Der Bgm. sagt, es sei bei Änderungswünschen schon üblich, diese bekannt zu geben.

Es sei ohne Zweifel so, dass sich Herr Schreiner bei der Protokollführung immer sehr bemühe und versuche, das Wesentliche zu bringen. Dass man die langen Diskussionen nicht immer wiedergeben könne, wobei es endlos wäre, wenn auch seine (Bgm.) Parts, die er einbringe, jedes Mal protokolliert würden. Diese wolle er auch nicht verfasst wissen.

GR Mag. Marx merkt an, dass es gerade beim Prüfungsausschuss, wo es um einzelne Rechnungen geht oder bei der KEG, sehr interessante Diskussionen und interessante Kritikpunkte gegeben habe.

Dies solle man kurz zusammenfassen, wobei nicht jedes Wort und auch nicht alles wortwörtlich ins Protokoll aufgenommen werden müsse. Er halte dies für doch recht entscheidend.

Zu Herrn Schreiner sei anzumerken, dass die Art und Weise wie die Protokolle abgefasst werden, sehr löblich sei. GR Mag. Marx vermerkt, dass aber die Protokolle nach einer so langen Sommerpause erst zwei Wochen vor der nächsten GR-Sitzung zugesandt wurden. In anderen Gemeinden könnten sogar die Gemeindebürger zwei Wochen nach der letzten GR-Sitzung zumindest die öffentlichen Protokolle lesen.

Der Bgm. sagt, man halte sich schon an die Gemeindeordnung.

GR Zarfl meint, man könne halt einen Mindestlevel erfüllen oder den Standard auch selbst definieren; man dürfe also auch durchaus besser sein. Ein „Genügend“ sei gerade noch gut genug und ein „Sehr gut“ sei halt etwas Anderes. Dies habe nichts mit der Verfassung des Protokolls zu tun, sondern sei nur für den Gemeinderat gewesen, weil wie der Gemeinderat es wünscht werde es gemacht. Wenn der Gemeinderat sage, es müsse 14 Tage später fertig sein, dann ist es fertig, davon sei er überzeugt, dass es nicht an den Bediensteten liege, so GR Zarfl.

GR Zarfl sagt, er wolle aber trotzdem zu dem Tagesordnungspunkt einen konkreten Antrag stellen:

Es sei – für die Vergangenheit – sensationell, solche Protokolle und auch in diesem Umfang, zu verfassen. Dass manchmal über Themen länger geredet werde, als der Sache viell. dienlich sei oder in den Emotionen längere Wortmeldungen stattfinden, als den Inhalt wiederzugeben notwendig sei, passiere einfach und sei auch in der Natur der Sache. Der Gemeinderat sei ja ein Meinungsbildungsforum, wo geredet werde.

Aber um die Sache wirklich auf den Punkt zu kriegen, dass jeder Gemeinderat sich im Protokoll richtig wiedergegeben findet, stellt GR Zarfl den **Antrag**, dass grundsätzlich, speziell nach einer längeren Diskussion, ein jeder definitiv sagt:

„Ich will, dass aus meiner Wortmeldung diese zwei, drei Sätze im Protokoll wortwörtlich aufgenommen werden.“

Dann werde es im Nachhinein keine Probleme mehr geben. Diese seien dann wörtlich aufzunehmen. Alles was darüber hinaus gehe, sei dann wirklich freie Diskussion gewesen.

Dies wäre, so GR Zarfl, im Interesse der Bediensteten und im Interesse von allen Gemeinderäten, weil man die Protokolle schneller bekomme, weil sie kürzer würden und es wäre auch hinterher nicht mehr zu diskutieren, was hat jemand gemeint oder nicht gemeint.

Er stelle daher dezidiert den Antrag, die Protokolle in Zukunft in der Form abzufassen.

Der Bgm. sagt, dies sei laut Aufsichtsbehörde auch so vorgesehen.

Dann könne man es ja auch so beschließen, so GR Zarfl.

GR Mag. Marx sagt, seine Fraktion habe auch beschlossen, die Protokolle heute trotzdem zu unterfertigen.

GR Zarfl sagt, er habe zu den Protokollen ansonsten keine Wortmeldung. Er habe es für sich selbst bisher immer so praktiziert, aber er habe den Antrag gestellt, um Missverständnissen vorzubeugen.

Der Bgm. meint, er könne zwar nicht mitstimmen, aber er sei ebenfalls für diesen Antrag und ersucht den Gemeinderat um Abstimmung.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Im Anschluss ersucht der Bgm. um Abstimmung über den bereits eingangs von GR Warzinger gestellten Antrag, das Protokoll vom 22.05.2006 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Warzinger stellt weiters den Antrag, das Protokoll vom 05.07.2006 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 4.: Rechnungsabschluss 2005; neuerliche Beschlussfassung

Bgm. Pignitter berichtet über das Schreiben der BH Graz-Umgebung in dem mitgeteilt wird, dass der GR-Beschluss vom 15.03.2006 keine Genehmigung des Rechenwerkes darstellt, da lediglich über den Antrag von GR Zarfl abgestimmt wurde, den Bürgermeister, Gemeindekassier und Gemeindevorstand nicht zu entlasten.

Aus der Ablehnung dieses Antrages, die Genehmigung des Rechnungsabschlusses abzuleiten, ist nach den Bestimmungen der GemO 1967 und der Rechtsansicht der Aufsichtsbehörde nicht zulässig.

Der Bgm. erteilt das Wort an 1.Vzbgm. FRITZ.

1.Vzbgm. FRITZ stellt den **Antrag**, den Rechnungsabschluss 2005 wie folgt zu beschließen:

a) Ordentlicher Haushalt**Soll**

Einnahmen: € 5,044.038,24

Ausgaben : € 5,044.038,24

und ist das Soll somit ausgeglichen.

Als Anteilsbetrag vom OH konnte in den AOH der Betrag von € 206.844,63 zur Abdeckung nachstehender Vorhaben zugeführt werden:

1.) Freiwillige Feuerwehr, Instandhaltung Rüsthaus	€	2.792,60
2.) Volksschule Lieboch, Amtsausstattung (Einrichtung Direktionskanzlei) und Ankauf PC-Ausstattung	€	16.599,84
3.) Kindergarten, Ausstattung Gruppenräume	€	5.162,32
4.) Subvention für Werktagkapelle	€	2.500,00
5.) Div. Straßenasphaltierungen 2002	€	9.121,84
6.) Geh- und Radweg (Lieboch-Lannach über Kainachbrücke)	€	3.224,68
7.) Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Straßenbeleuchtung	€	98.669,95
8.) Rückhaltebecken; Planungskosten	€	18.512,20
9.) Beachvolleyballplatz, Erweiterung	€	10.123,27
10.) Friedhof-Drainage	€	26,40
11.) Wirtschaftshof – Traktorkauf	€	77,00
12.) Abwasserbeseitigung – Retentionsbecken	€	27,32
13.) Abwasserbeseitigung – Kanalerweit. Ind.West	€	5,45
14.) Abwasserverband – Sanierung ARA	€	1,76
15.) Marktgemeinde Lieboch KEG, Zuführung Museum	€	20.000,00
16.) Marktgemeinde Lieboch KEG, Zuführung Wasserhaus	€	<u>20.000,00</u>
	€	206.844,63

Ist

Einnahmen: € 5,013,055,45

Ausgaben: € 5,307.564,87

daraus ergibt sich ein Ist-Abgang von € 294.509,42

b) Außerordentlicher Haushalt**Soll**

Einnahmen: € 1,069.773,27

Ausgaben: € 2,123.983,45

daraus ergibt sich ein Soll-Abgang von € 1,054.210,18

(Soll-Abgang-Brutto = € 1,136.212,70 abzgl. Soll-Überschuss von € 82.002,52)

Der Soll-Abgang 2005 ist bei nachstehenden Vorhaben verrechnet:

1.) Freiw. Feuerwehr, Instandhaltung Rüsthaus	€	31.000,00
2.) Volksschule Lieboch, Instandhaltung Gebäude und PC-Ausstattung	€	91.000,00
3.) Industriegebiet Lieboch West	€	294.412,70
4.) Friedhof-Drainage	€	39.800,00
5.) Wirtschaftshof – Traktorkauf	€	62.200,00
6.) Abwasserbeseitigung – BV.Retentionsbecken	€	36.900,00
7.) Abwasserbeseitigung – Kanalerweit. Ind. West	€	160.000,00
8.) Abwasserverband – Sanierung ARA Lieboch	€	60.900,00
9.) Marktgemeinde Lieboch KEG, Beteiligung Industrie West	€	360.000,00
Summe €		1,136.212,70

Ein Soll-Überschuss ergibt sich beim Vorhaben:

1.) Straßen- und Gehsteigsanierung Bahnhofstraße	€	82.002,52
Summe €		82.002,52

Ist

Einnahmen: € 2,113.852,90

Ausgaben : € 1,664.611,96

und ergibt sich daraus ein Ist-Überschuss von € 449.240,94.

Der Ist-Überschuss ist bei folgenden Vorhaben verrechnet:

1.) Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Ausbau Straßenbeleuchtung	€	367.238,42
2.) Straßen- und Gehsteigsanierung Bahnhofstraße	€	82.002,52
Summe €		449.240,94

c) Kassenabschluss**Einnahmen:**

Anfänglicher Kassenbestand	€ -	373.311,99
Summe der ordentl. Einnahmen	€	5,013.055,45
Summe der außerordentl. Einnahmen	€	867.069,69
Summe der voranschlagsunwirksamen Einnahmen	€	2,122.245,86
Gesamtsumme	€	7,629.059,01

Ausgaben:

Summe der ordentl. Ausgaben	€	5,004.912,89
Summe der außerordentl. Ausgaben	€	879.035,08
Summe der voranschlagsunwirksamen Ausgaben	€	2,671.139,40
Schließlicher Kassenbestand	€ -	926.028,36
Gesamtsumme	€	7,629.059,01

GR Zarfl stellt daraufhin den **Antrag**, den Bürgermeister, Gemeindegassier und Gemeindevorstand nicht zu entlasten. Die Begründung solle vom GR-Protokoll vom 15.03.2006 wortwörtlich übernommen werden.

Übernahme aus dem GR-Protokoll vom 15.03.2006:

„GR Zarfl sagt, man habe einen schließlichen Kassenbestand von € - 926.000,00 der nicht einmal beschlossen sei und wo man genau wisse, dass eine Überziehung bedeckungswürdig sei und es keinen Beschluss des Gemeinderates gäbe, eine Überziehung auf € 926.000,00 zu genehmigen.“

Der Bgm. ersucht den Gemeinderat über den letztgestellten Antrag von GR Zarfl abzustimmen.

Für den Antrag von GR Zarfl stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) enthalten sich der Stimme (= Gegenstimme).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (8 Dafürstimmen : 13 Gegenstimmen).

Der Bgm. ersucht über den eingangs von 1.Vzbgm. FRITZ gestellten Antrag, den Rechnungsabschluss 2005 zu beschließen, abzustimmen.

Für den Antrag von 1.Vzbgm. FRITZ stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) enthalten sich der Stimme (= Gegenstimme).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 10 Gegenstimmen).

Pkt. 5.: Aufteilung des Jagdpachtentgeltes

Der Bgm. erläutert, dass das Jagdpachtentgelt für das Jahr 2006 € 2.559,54 beträgt. Dieser Betrag ist durch das Gesamtflächenausmaß der Gemeinde Lieboch von 1.174 ha. zu teilen. Es ergibt sich somit ein Hektarsatz von € 2,18, für 1000 m² ein Satz von € 0,22 und für 100 m² ein Satz von € 0,02.

Da in der vierwöchigen Auflagefrist keine Einwendung eingebracht wurde, stellt der Bgm. den **Antrag**, den Aufteilungsmodus des Jagdpachtentgeltes zu beschließen.

Der von den Grundstückseigentümern nicht abgeholte Betrag wird zuerst dem Budget zugeführt und gem. GR-Beschluss als Subvention der Bauernschaft überwiesen werden (wird von dieser eigenständig verwaltet).

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.